

## Die Ernährungsfragen im Reichstag.

N. Berlin, 13. Jan. (Priv.-Tel.) Die Debatte über die Ernährungsfrage sollte heute zu Ende gebracht werden. Das ist nicht gelungen, und da diese Fragen zu den wichtigsten gehören, die das deutsche Volk und die deutsche Volksvertretung beschäftigen, so wird niemand etwas einzuwenden haben gegen eine gründliche und ausgiebige Behandlung. Nur darf eine Beratung sich nicht so gestalten, wie es heute während des größten Teiles der Sitzung der Fall war. Es hat doch in der gegenwärtigen Zeit wirklich keinen Zweck, daß das, was einmal gesagt ist, zwei- und dreimal wiederholt wird. Wer keine praktischen Vorschläge zu machen weiß, wer dem deutschen Volke nichts Positives zu sagen hat, sondern nur redet aus agitatorischen oder parteipolitischen Gründen, der hat kein Anrecht darauf, die kostbare Zeit der Gegenwart für sich in Anspruch zu nehmen, und das, was der der radikalen Minderheit angehörende Abgeordnete Simon und der Nationalliberale Held zu sagen wußten, das wäre besser unterblieben. Das trägt nicht dazu bei, den hervorragenden einheitlichen Opferwillen zu stärken, sondern kann nur dem Eindruck erwecken, als hätten die beiden Herren über Gebühr an ihre Parteisache und an ihre künftige Wiederwahl gedacht, wirklich Dinge, die bei den großen Fragen der Gegenwart Privatsache bleiben sollten. Der erste sozialdemokratische Redner hat gestern in sachlicher Weise zur Sprache gebracht, was seine Fraktion in der Lebensmittelfrage fordert und was sie an den getroffenen Maßnahmen auszuüben hat. Herr Simon suchte ihn heute nicht etwa an Sachlichkeit, wohl aber an Phraseologie und Stimmaufwand zu übertreffen, um zu zeigen, daß die zu den Kreditverweigerern gehörenden Abgeordneten der sozialdemokratischen Minderheit weit bessere Menschen seien, als die, die dem Vaterlande in der gegenwärtigen schweren Zeit geben, was es zur Aufrechterhaltung seiner Existenz braucht.

Dem Abgeordneten Held antwortete später unter dem Beifall des Hauses und sachlich begründet der Abgeordnete Fischbeck. Er betonte, daß Demagogie unter ernstesten Männern, die sich ihrer Verantwortung bewußt seien, unterbleiben sollte. Der nationalliberale Redner hatte alle Register gegen die Schweineschlachtung im Vorjahre gezogen und dabei eine Reihe billiger Scherze gemacht. Der fortschrittliche Redner, dessen Sachverständnis in den Lebensmittelfragen nicht nur im Parlament selbst, sondern auch bei der Regierung anerkannt ist, nagelte ihn darauf fest, daß er auch mit für die Abschachtung der Schweine gestimmt habe, und daß er mit für den dahingehenden Antrag gestimmt habe, an dessen Spitze neben den Namen der Führer seiner Partei auch die konservativen Führer standen. Gewiß haben sich diese Maßnahmen als verfehlt herausgestellt, aber daran sollte man lernen für die Zukunft und nicht aus agitatorischen Gründen die Schuld von sich auf andere abwälzen.

Über dieses Unerfreuliche hinaus erbrachte auch die heutige Sitzung wieder den unzweideutigen Beweis, daß es im Deutschen Reiche niemand gibt, der nicht an den wirtschaftlichen Sieg ebenso fest glaubt wie an unseren militärischen, und wenn hier und da Mängel in der Organisation bestehen, so werden sie ausgeglichen werden, und so können sie auch ausgeglichen werden, wenn, wie der fortschrittliche Redner in Übereinstimmung mit dem Zentrumsabgeordneten Marx betonte, die Interessen der Allgemeinheit über die Interessen einzelner Berufsstände gestellt werden.

Vom Regierungstische aus und im Verlaufe der Debatte selbst wird als besonders bemerkenswert festgestellt, daß die Lederpreise aus militärischen Gründen zwar zu Beginn des Krieges hoch waren — es mußte ein Anreiz für die Einfuhr aus dem Auslande gegeben werden — jetzt allmählich abgebaut worden sind, und daß ein weiterer Abbau in naher Aussicht stehe.

Morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

N. Berlin, 13. Jan. (Priv.-Tel.)

Die Erörterung über die Ernährungsfragen wird fortgesetzt.

Abg. Simon (Soz.-Dem.): Die Regierung war gewiß vor neue Aufgaben gestellt; aber sie hat diese Aufgaben schlecht gelöst, obwohl wir sie rechtzeitig auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht haben. Der Lebensmittelwucher steht in vollster Blüte, und auch Landwirte sind wegen Ueberschreitung der Höchstpreise bestraft worden. Die Strafen sind aber noch viel zu gering und man hätte nicht der Presse die Erörterung durch das Zensurverbot abschneiden sollen. Der Redner stellt dann die alte Forderung auf Beschlagnahme und Höchstpreise für alle wichtigen Lebensmittel auf, denn dadurch werde jeder Wucherer vertrieben werden. Die Verdienste der großen Mühlen sind viel zu hoch, und ähnlich wie da sind auch auf anderen Gebieten große Gewinne gemacht worden. Die Mehlpreise sind noch viel zu hoch. Die Verkürzung der Brotration wird eine arge Enttäuschung in der arbeitenden Bevölkerung hervorrufen. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn nicht große Mengen Roggen zu Schnaps gebrannt worden wären. Eine Erhöhung der Kartoffelpreise wäre geradezu katastrophal. Den Spekulant gegenüber darf es keine Rücksicht geben, zumal weite Kreise sich in einer schwierigen Noilage befinden. Die Regierung hat zwar viele schöne Worte gesprochen, und wir zweifeln auch nicht an ihrem guten Willen, aber es fehlt ihr an Entschlußkraft. Um das zu erreichen, müssen wir hier die schärfste Kritik üben. Wir lehnen die Verantwortung ab für Missetände, die fällt auf die Regierung.

Abg. Marx (Zentr.): Wir können stolz auf das sein, was auf wirtschaftlichem Gebiete von uns geleistet worden ist, und das Ausland ist nicht in der Lage, uns das nachzumachen. Wenn wir die Leistungen im allgemeinen auch anerkennen, so können wir doch nicht zurückhalten mit unserer Kritik im Einzelnen. Der Redner erörtert ausführlich die Notlage der westlichen Gemeinden in Kartoffeln. Kartoffeln gebe es genügend im deutschen Reiche, aber die Organisation sei mangelhaft gewesen, weil die Regierung zu spät eingegriffen habe, und ihre Maßnahmen auch nicht energisch und zielbewußt gewesen seien. Wenn die Regierung mit einem glänzenden Sieg für uns mit der nächsten Ernte vor uns erscheinen wird, was ich sicher hoffe, so müssen wir doch damit rechnen, daß wir der Versorgung für den nächsten Winter die größte Aufmerksamkeit widmen. Für den Westen müßten jetzt schon bestimmte Kartoffelzüge eingerichtet werden. Bei der Butter- und Fettversorgung ist auch durchaus nicht alles so gelöst, wie es sein sollte. Für die minderbemittelte Bevölkerung müßten zum Bezuge von Fett besondere Karten nach dem System der Brotkarten ausgegeben werden. Auch zu Gunsten der kleinen Mühlen muß mehr geschehen, wie überhaupt der Mittelstand in allen Dingen die größte Fürsorge verdient. Alle sind wir aber überzeugt, daß wir auch wirtschaftlich den Sieg erreichen werden. (Beifall.)

Präsident Kaempf rügt nachträglich eine Äußerung des Abg. Simon, die dahin geht, daß die Brotgetreidestelle mit ihrer Preispolitik Wucherpolitik getrieben habe.

Unterstaatssekretär Michaelis: Ich verstehe nicht recht die Äußerungen des Abg. Simon über die Kriegsgetreidegesellschaft. Es ist doch nicht ein böser Wille der Kriegsgetreidegesellschaft, daß sie die Brotration vermindert, sondern das entspricht doch nur den tatsächlichen Verhältnissen. Wir müssen uns doch nach den vorhandenen Verhältnissen einrichten. Die Kornbrennereien sollen gewiß erst in letzter Linie bedacht werden. Wenn es nach meiner Person ginge, dann würde ich überhaupt nichts für die Kornbrennereien hergeben. Das Kuratorium hat aber beschlossen, die Kornbrennereien zu belassen in Höhe von 60 Prozent, wie bei den Brauereien. Das Kuratorium hat gesagt, daß von den Brennereien noch andere Betriebe abhängen. Dazu kommt, daß diese Brennereien in der Schlempe für den Westen ein wichtiges Futtermittel liefern. Aus diesem Grunde habe ich keine Bedenken getragen, ein herabgesetztes